

NIEDERSCHRIFT

über die **5.** Sitzung **des Kreisausschusses** (XVIII. Wahlperiode)

öffentlicher Teil

Tag der Sitzung: **29.04.2026**
Ort der Sitzung: Kreishaus Neuss
Besprechungsraum 2 (2. Etage)
Oberstraße 91, 41460 Neuss
(Tel. 02131/928-2100)
Navigation: www.rkn.nrw/TR818
Beginn der Sitzung: 15:03 Uhr
Ende der Sitzung: 17:46 Uhr
Den Vorsitz führte: Katharina Reinhold

Sitzungsteilnehmer:

• Vorsitzende

1. Frau Katharina Reinhold

• CDU-Fraktion

2. Herr Stefan Arcularius
3. Herr Thomas Jung
4. Herr Tobias Püllen
5. Frau Franziska Velder
6. Herr Wolfgang Wappenschmidt
7. Frau Birte Wienands

bis 17:14 Uhr
Stellvertretung für Herrn Dresen, ab 15.55 Uhr
bis 17:35 Uhr

• SPD-Fraktion

8. Herr Udo Bartsch
9. Frau Christina Borggräfe
10. Herr Stefan Schmitz
11. Herr Rainer Thiel

• AfD-Fraktion

12. Herr Michael Daniels
13. Herr Kai Fegers

Stellvertretung für Herrn Odendahl

INHALTSVERZEICHNIS

Punkt	Inhalt	Seite
1.	Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit.....	5
2.	Bürgeranregung nach § 21 KrO NRW vom 06.03.2026 zum Thema "Haushaltskonsolidierung" Vorlage: 20/0766/XVIII/2026	5
3.	Bürgeranregung nach § 21 KrO NRW vom 20.03.2026 zum Thema "sektorenübergreifende Versorgungseinrichtungen" Vorlage: III/0779/XVIII/2026	5
4.	Bürgeranregung nach § 21 KrO NRW vom 25.03.2026 zum Thema "Mitgliedschaft im Landkreistag NRW" Vorlage: 010/0752/XVIII/2026.....	6
5.	Bestätigung von Beschlüssen der Ausschüsse	6
5.1.	Partnerschaftskomitee Europäische Nachbarn 02.03.2026	6
5.2.	Ausschuss für Soziales, Wohnen und Gesundheit 03.03.2026.....	6
5.3.	Personalausschuss 04.03.2026	6
5.4.	Planungs-, Klimaschutz- und Umweltausschuss 05.03.2026	7
5.5.	Finanzausschuss 17.03.2026	7
6.	Kenntnisnahme von Niederschriften.....	7
7.	Strukturwandel, Braunkohlenplanung und Energiewirtschaft Berichtszeitraum: März/April 2026 Vorlage: 61/0654/XVIII/2026	7
8.	Sportforum Kaarst-Büttgen Vorlage: 52/0690/XVIII/2026	8
9.	Regionalarbeit Berichtszeitraum: März/April 2026 Vorlage: 61/0650/XVIII/2026	9
10.	Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung (Stand April 2026) Vorlage: ZS5/0811/XVIII/2026	9
11.	Entwicklung der Kosten der Unterkunft und der Bedarfsgemeinschaften SGB II Vorlage: 50/0751/XVIII/2026	9
12.	Anträge.....	9
12.1.	Tischvorlage: Antrag der CDU- und FDP-Kreistagsfraktion vom 27.04.2026 zum Thema "Ganzheitliches System des Controllings und der Verwaltungssteuerung" Vorlage: ZS2/0848/XVIII/2026	9
12.2.	Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 20.04.2026 zum Thema "Durchführung einer Sicherheitsbefragung" Vorlage: 31/0814/XVIII/2026	11
12.3.	Tischvorlage: Antrag der CDU- und FDP-Kreistagsfraktion vom 23.04.2026 zum Thema "Prüfung interkommunaler Kooperationsmöglichkeiten bei der Planung	

von Kreisleitstelle und Bevölkerungsschutzzentrum" Vorlage: 32/0841/XVIII/2026	12
12.4. Antrag der AfD-Kreistagsfraktion vom 15.04.2026 zum Thema "Frühwarnsystem Haushalt" Vorlage: 20/0856/XVIII/2026	13
13. Mitteilungen	13
13.1. Digitale/ Hybride Ausschusssitzungen Vorlage: 010/0768/XVIII/2026	13
13.2. Aufbauorganisation der Kreisverwaltung Vorlage: 010/0864/XVIII/2026	13
13.3. Tischvorlage: Informationsfluss zwischen Kreisverwaltung und Kreistagspolitik Vorlage: 010/0853/XVIII/2026	14
14. Vereidigung der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Kreisausschusses und Aushändigung der Ernennungsurkunde zu Ehrenbeamten	14
15. Anfragen	14
15.1. Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion vom 20.04.2026 zum Thema "NRW-Plan" Vorlage: 20/0812/XVIII/2026	14
15.2. Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion vom 20.04.2026 zum Thema "Dunkelfeldstudie - Sicherheit und Kriminalität in Deutschland 2024" Vorlage: 31/0813/XVIII/2026	15
15.3. Tischvorlage: Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion vom 28.04.2026 zum Thema "Interkommunale Zusammenarbeit" Vorlage: 010/0860/XVIII/2026	15
16. Bericht der Verwaltung/ Beschlusskontrolle Vorlage: 010/0783/XVIII/2026	15
17. Einwohnerfragestunde.....	15

1. Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit**Protokoll:**

Landrätin Katharina Reinhold eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte fest, dass zur Sitzung ordnungsgemäß eingeladen wurde und der Kreisausschuss beschlussfähig ist.

Kreistagsmitglied Wolfgang Wappenschmidt beantragte, den derzeitigen Tagesordnungspunkt 12.4 (Antrag der CDU- und FDP-Kreistagsfraktion vom 27.04.2026 zum Thema "Ganzheitliches System des Controllings und der Verwaltungssteuerung") vor dem derzeitigen Tagesordnungspunkt 12.1 zu beraten.

Die Änderung der Tagesordnung wurde einstimmig beschlossen.

2. Bürgeranregung nach § 21 KrO NRW vom 06.03.2026 zum Thema "Haushaltskonsolidierung"
Vorlage: 20/0766/XVIII/2026**KA/20260429/Ö2****Beschluss:**

Der Kreisausschuss nimmt die Bürgeranregung vom 06.03.2026 von Herrn Peter Könen und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Er erachtet die Anregungen von Herrn Könen aufgrund der Stellungnahme der Verwaltung als erledigt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

3. Bürgeranregung nach § 21 KrO NRW vom 20.03.2026 zum Thema "sektorenübergreifende Versorgungseinrichtungen"
Vorlage: III/0779/XVIII/2026**KA/20260429/Ö3****Beschluss:**

Der Kreisausschuss nimmt die Bürgeranregung vom 20.03.2026 von Herrn Peter Könen und die Stellungnahme der Rheinland Klinikum Neuss GmbH zur Kenntnis. Er erachtet die Anregungen von Herrn Könen aufgrund der Stellungnahme der Verwaltung als erledigt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**4. Bürgeranregung nach § 21 KrO NRW vom 25.03.2026 zum Thema
"Mitgliedschaft im Landkreistag NRW"
Vorlage: 010/0752/XVIII/2026**

KA/20260429/Ö4

Beschluss:

Der Kreisausschuss nimmt die Bürgeranregung vom 25.03.2026 von Herrn Peter Könen und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis. Er erachtet die Anregungen von Herrn Könen aufgrund der Stellungnahme der Verwaltung als erledigt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

5. Bestätigung von Beschlüssen der Ausschüsse

5.1. Partnerschaftskomitee Europäische Nachbarn 02.03.2026

KA/20260429/Ö5.1

Beschluss:

Der Kreisausschuss bestätigt die Beschlüsse des Partnerschaftskomitees Europäische Nachbarn vom 02.03.2026 und erhebt sie zu seinen Beschlüssen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

5.2. Ausschuss für Soziales, Wohnen und Gesundheit 03.03.2026

KA/20260429/Ö5.2

Beschluss:

Der Kreisausschuss bestätigt die Beschlüsse des Ausschusses für Soziales, Wohnen und Gesundheit vom 03.03.2026 und erhebt sie zu seinen Beschlüssen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

5.3. Personalausschuss 04.03.2026

KA/20260429/Ö5.3

Beschluss:

Der Kreisausschuss bestätigt die Beschlüsse des Personalausschusses vom 04.03.2026 und erhebt sie zu seinen Beschlüssen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

5.4. Planungs-, Klimaschutz- und Umweltausschuss 05.03.2026

KA/20260429/Ö5.4

Beschluss:

Der Kreisausschuss bestätigt die Beschlüsse des Planungs-, Klimaschutz- und Umweltausschusses vom 05.03.2026 und erhebt sie zu seinen Beschlüssen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

5.5. Finanzausschuss 17.03.2026

KA/20260429/Ö5.5

Beschluss:

Der Kreisausschuss bestätigt die Beschlüsse des Finanzausschusses vom 17.03.2026 und erhebt sie zu seinen Beschlüssen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

6. Kenntnisnahme von Niederschriften

Protokoll:

Es lagen keine Niederschriften zur Kenntnisnahme vor.

7. Strukturwandel, Braunkohlenplanung und Energiewirtschaft

Berichtszeitraum: März/April 2026

Vorlage: 61/0654/XVIII/2026

KA/20260429/Ö7

Beschluss:

Der Kreisausschuss berät die Vorlage der Verwaltung und nimmt diese zur Kenntnis.

8. Sportforum Kaarst-Büttgen

Vorlage: 52/0690/XVIII/2026

Protokoll:

Im Hinblick auf die Komplexität der Vorlage, sowie die Kürze der Vorbereitungszeit bat Kreistagsmitglied Christina Borggräfe, die Entscheidung in den nächsten Kreisausschuss zu verschieben.

Kreistagsmitglied Wolfgang Wappenschmidt stimmte einer Vertagung in den Kreisausschuss am 20.05.2026 zu. Er betonte aber, dass seine Fraktion hinter dem Projekt stehe und den Wechsel der Förderprogramme für richtig erachte.

Zur Historie erklärte Kreisdirektor Dirk Brügge, dass bei Projektstart lediglich die Sportstättenbauförderrichtlinie des Landes für Landesleistungsstützpunkte zur Verfügung gestanden habe. Diese hätte einen Zuschuss von max. 42% gewährleistet. Man habe sich nach anwaltlicher Beratung aus wirtschaftlichen Gründen für den Trägerverein Sportforum Kaarst-Büttgen als Auftraggeber entschieden. Zwischenzeitlich habe sich dann ein EFRE-Programm für energetische Sanierung aufgetan (Fördersumme: 8 Mio. €, Fördersatz: 80%). Inzwischen sei dann noch das Förderprogramm ‚Energetische Sanierung Rheinisches Revier‘ des Wirtschaftsministeriums des Landes (Fördersumme unbegrenzt) ins Leben gerufen worden. In Abstimmung mit der Stadt Kaarst, der Bezirksregierung Düsseldorf, der Bezirksregierung Köln und der Staatskanzlei sei man dann aufgrund der höheren Fördersumme und des höheren Fördersatzes auf dieses Förderprogramm umgeschwenkt. Für dieses Programm seien jedoch nur Kommunen antragsberechtigt. Der bereits durch den Trägerverein erteilte Auftrag an den Architekten für die Leistungsphasen 1-5 sei damit nicht mehr förderfähig. Was das Gesamtinvestment angehe, stehe man so aber jetzt viel besser dar, als ursprünglich angenommen.

Kreistagsmitglied Christina Borggräfe erkundigte sich nach den Konsequenzen, sofern nicht alle Mittel bis Ende 2029 verausgabt werden können. Sollten dann alle Fördermittel zurückgefordert werden können, wäre dies ein erhebliches Risiko.

Man werde dazu eine rechtliche Einschätzung abgeben, so Kreisdirektor Dirk Brügge.

Kreistagsmitglied Petra Schenke erklärte, dass auch Ihre Fraktion hinter dem Projekt stehe.

Auf Nachfrage von Kreistagsmitglied Petra Schenke erklärte Kreisdirektor Brügge, dass Köln olympische Austragungsstädte wäre. Die sanierte Anlage in Kaarst wäre als Trainingsstätte geeignet.

KA/20260429/Ö8

Beschluss:

Der Kreisausschuss beschließt, die Entscheidung in den nächsten Kreisausschuss am 20.05.2026 zu vertagen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

9. Regionalarbeit
Berichtszeitraum: März/April 2026
Vorlage: 61/0650/XVIII/2026

KA/20260429/Ö9

Beschluss:

Der Kreisausschuss berät die Vorlage der Verwaltung und nimmt diese zur Kenntnis.

10. Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung (Stand April 2026)
Vorlage: ZS5/0811/XVIII/2026

KA/20260429/Ö10

Beschluss:

Der Kreisausschuss nimmt den Bericht zur Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung (Stand April 2026) zur Kenntnis.

11. Entwicklung der Kosten der Unterkunft und der Bedarfsgemeinschaften SGB II
Vorlage: 50/0751/XVIII/2026

Protokoll:

Kreistagsmitglied Udo Bartsch wies darauf hin, dass die bislang zugrunde gelegte Kalkulation der Unterkunftskosten noch den Stand vom Dezember 2025 widerspiegeln.

Kreisdirektor Dirk Brügge sicherte eine entsprechende Korrektur zu.

KA/20260429/Ö11

Beschluss:

Der Kreisausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Entwicklung der Kosten der Unterkunft und Bedarfsgemeinschaften zur Kenntnis.

12. Anträge

12.1. Tischvorlage: Antrag der CDU- und FDP-Kreistagsfraktion vom 27.04.2026 zum Thema "Ganzheitliches System des Controllings und der Verwaltungssteuerung"
Vorlage: ZS2/0848/XVIII/2026

Protokoll:

Kreistagsmitglied Wolfgang Wappenschmidt erläuterte, dass angesichts der soliden Haushaltssituation ein ganzheitliches Controlling- und Steuerungskonzept, das über

das reine Finanzcontrolling hinaus Benchmarking und Anreizsysteme beinhaltet, dringend erforderlich sei. Er betonte, dass das Vorhaben mit den politischen Gremien, insbesondere im Finanz- bzw. Kreisausschuss und im Finanzarbeitskreis am 20.05.2026, abgestimmt und vorangetrieben werden müsse.

Kreistagsmitglied Christina Borggräfe beantragte zur Vorberatung eine Verweisung in den Arbeitskreis Finanzen.

Kreistagsmitglied Petra Schenke stimmte einer Verweisung in den Arbeitskreis Finanzen zu. Man müsse so wenig manuelle Arbeit wie möglich schaffen.

Kreistagsmitglied Hans Christian Markert ergänzte, dass trotz breitem politischen Wunsch kein sofortiger Beschluss nötig sei.

Wenn alle Mitglieder mit dem Inhalt des Antrages einverstanden sind, solle man zustimmen, so Kreistagsmitglied Dirk Rosellen.

Kreistagsmitglied Michael Daniels wies auf den globalen Minderaufwand hin und fasste zusammen, dass alle ein gemeinsames Ziel verfolgen, nämlich die Verhinderung eines Haushaltssicherungskonzeptes. Dafür sei ein zeitnahes Monitoring erforderlich.

Kreistagsmitglied Petra Schenke meldete zusammenfassend Beratungsbedarf an und bat erneut um Verschiebung in den Arbeitskreis Finanzen.

Kreistagsmitglied Wolfgang Wappenschmidt bat erneut um Abstimmung des Antrages.

KA/20260429/Ö12.1

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, zeitnah ein Konzept für ein ganzheitliches System des Controllings und der Verwaltungssteuerung zu erarbeiten und dem Kreistag zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

Dieses System soll über das reine Finanzmanagement hinausgehen und insbesondere auch Steuerungselemente aus den Bereichen Personalmanagement, Leistungssteuerung sowie produktorientierter Steuerung umfassen.

Nur durch einen solchen integrierten Ansatz kann eine nachhaltige, transparente und wirkungsorientierte Verwaltungssteuerung gewährleistet werden.

Das Konzept soll die Einrichtung eines Monitorings im Sinne eines regelmäßigen Plan-Ist-Vergleichs vorsehen, um frühzeitig Abweichungen und Risiken erkennbar zu machen und den zeitnahen Einsatz entsprechender Gegenmaßnahmen zu ermöglichen. Dabei sind die hierfür erforderlichen Instrumente, Strukturen sowie die personellen und sachlichen Ressourcenbedarfe transparent darzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen

Ja-Stimmen: CDU, Landrätin, AfD, FDP

Nein-Stimmen: SPD, Grüne, Linke/Partei

12.2. Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 20.04.2026 zum Thema "Durchführung einer Sicherheitsbefragung" Vorlage: 31/0814/XVIII/2026

Protokoll:

Landrätin Katharina Reinhold erläuterte die Vorlage. Die objektiven Kriterien stünden hier an erster Stelle, gleichzeitig würden die subjektiven Kriterien nicht außer Acht gelassen. Die Pilotphase dauere weiterhin an.

Kreistagsmitglied Christina Borggräfe erklärte, dass sowohl subjektive als auch objektive Kriterien berücksichtigt werden sollten. Die Ausweitung der Sicherheitsbefragung auf die drei von der Polizeiumstrukturierung betroffenen Kommunen sei für das Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger wichtig. Auf dieser Basis könnten weiterführende Maßnahmen entwickelt werden.

Kreistagsmitglied Wolfgang Wappenschmidt stellte klar, dass im Jüchener Stadtrat lediglich ein Prüfauftrag und nicht die Durchführung einer Befragung beschlossen worden sei. Er hinterfragte zudem die Finanzierung der Maßnahme.

Landrätin Katharina Reinhold bestätigte, dass in Jüchen ausschließlich der Prüfauftrag beschlossen wurde.

Kreistagsmitglied Hans Christian Markert unterstütze den Antrag und appellierte, die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger ernst zu nehmen. Kreistagsmitglied Norman Schiffer schloss sich an.

Landrätin Katharina Reinhold betonte, dass sie als Leiterin der Kreispolizeibehörde das Pilotprojekt seit dem 05.03.2026 eng begleite und bislang keinerlei Bürgerbeschwerden verzeichnet worden seien. Insgesamt bestünde innerhalb der Polizeistruktur sowie bei den Bürgerinnen und Bürgern im Rhein-Kreis Neuss breite Zustimmung.

Kreistagsmitglied Dirk Rosellen plädierte, zunächst die gut laufende Pilotphase abzuwarten.

Kreistagsmitglied Michael Daniels betonte, er unterstütze den Antrag, weil es in der Politik vor allem darauf ankomme, den Bürgerinnen und Bürgern zuzuhören.

Kreistagsmitglied Christina Borggräfe erwiderte zu Herrn Rosellen, dass es wichtig sei, die Bürgerinnen und Bürger im laufenden Prozess mit einzubeziehen.

Landrätin Katharina Reinhold unterstrich, dass die Pilotphase ausschließlich Aufgabe der Kreispolizeibehörde und nicht des Kreisausschusses sei. Sie warnte zudem eindringlich davor, mit dem Sicherheitsempfinden der Bevölkerung zu spielen, solange noch keine objektiven Ergebnisse vorliegen.

Kreisdirektor Dirk Brügge erklärte, dass im Haushalt keine Mittel dafür vorgesehen seien.

KA/20260429/Ö12.2

Beschluss:

Die Kreisverwaltung beauftragt die Durchführung einer Sicherheitsbefragung in den vom Pilotprojekt zur Umstrukturierung der Polizei im Rhein-Kreis Neuss betroffenen

Kommunen Jüchen, Korschenbroich und Meerbusch. Diese soll das subjektive Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger – insbesondere im Hinblick auf die örtliche Polizeipräsenz – erheben und abbilden.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen

Ja-Stimmen: SPD, AfD, Grüne, Linke/Partei

Nein-Stimmen: CDU, Landrätin, FDP

12.3. Tischvorlage: Antrag der CDU- und FDP-Kreistagsfraktion vom 23.04.2026 zum Thema "Prüfung interkommunaler Kooperationsmöglichkeiten bei der Planung von Kreisleitstelle und Bevölkerungsschutzzentrum"

Vorlage: 32/0841/XVIII/2026

Protokoll:

Kreistagsmitglied Christina Borggräfe beantragte die Verweisung in den Rettungsausschuss am 06.05.2026.

Landrätin Katharina Reinhold stellte die Verweisung zur Abstimmung:

Mehrheitlich abgelehnt

Ja-Stimmen: SPD, Grüne, Linke/Partei,

Nein-Stimmen: CDU, AfD, LRin

Landrätin Katharina Reinhold stellte anschließend den Antrag zur Abstimmung:

KA/20260429/Ö12.3

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten, im Zuge der laufenden Planungen für eine neue Kreisleitstelle und ein Bevölkerungsschutzzentrum im Rhein-Kreis Neuss ergänzend zu den bisherigen Standort- und Strukturprüfungen auch interkommunale Kooperationsmöglichkeiten systematisch zu prüfen und hierzu Gespräche mit benachbarten Gebietskörperschaften zu führen.

Die Verwaltung wird gebeten darzustellen, welche Auswirkungen die derzeit auf Bundes- und Landesebene geführte Reformdiskussion zur künftigen Leitstellenstruktur auf die Planungen im Rhein-Kreis Neuss haben könnte.

Dabei soll insbesondere geprüft werden, ob und inwieweit mögliche Veränderungen bei den strukturellen Vorgaben oder empfohlenen Versorgungsgrößen für Leitstellen, Einfluss auf Konzeption, Dimensionierung, Flächenbedarf, Ausbaufähigkeit und Kooperationsoptionen der Kreisleitstelle und des geplanten Bevölkerungsschutzzentrums haben.

Gegenstand der Prüfung sollen auch sein:

Mögliche Synergien bei Ausbildung und Übung, die gemeinsame Nutzung oder arbeitsteilige Organisation einzelner Funktionsbereiche, insbesondere von Schulungsräumen, Stabsräumen und Spezialinfrastruktur, die Abstimmung technischer Standards und digitaler Schnittstellen sowie die Prüfung interkommunaler Lösungen bei ergänzenden

Nutzflächen und einzelnen Teilfunktionen, soweit hierdurch die Einsatzfähigkeit, Führungsfähigkeit und Reaktionszeiten des Rhein-Kreises Neuss nicht beeinträchtigt werden.

Die Ergebnisse sind in den weiteren Planungsprozess einzubeziehen und dem Ausschuss für Rettungswesen, Feuer- und Katastrophenschutz sowie dem Kreistag in geeigneter Form darzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Ja-Stimmen: CDU, Landrätin, AfD, FDP

Enthaltung: SPD, Grüne, Linke/Partei

12.4. Antrag der AfD-Kreistagsfraktion vom 15.04.2026 zum Thema "Frühwarnsystem Haushalt"

Vorlage: 20/0856/XVIII/2026

Protokoll:

Landrätin Katharina Reinhold stellte zur Abstimmung, ob sich der Antrag erledigt habe.

KA/20260429/Ö12.4

Beschluss:

Der Kreisausschuss erachtet den Antrag als erledigt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen

13. Mitteilungen

13.1. Digitale/ Hybride Ausschusssitzungen

Vorlage: 010/0768/XVIII/2026

Protokoll:

Landrätin Katharina Reinhold verwies auf die Vorlage der Verwaltung.

13.2. Aufbauorganisation der Kreisverwaltung

Vorlage: 010/0864/XVIII/2026

Protokoll:

Landrätin Katharina Reinhold verwies auf die Vorlage der Verwaltung.

13.3. Tischvorlage: Informationsfluss zwischen Kreisverwaltung und Kreistagspolitik

Vorlage: 010/0853/XVIII/2026

Protokoll:

Landrätin Katharina Reinhold erläuterte die Tischvorlage und stellte auf Nachfrage klar, dass hier nur informelle Anfragen gemeint sind.

14. Vereidigung der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Kreisausschusses und Aushändigung der Ernennungsurkunde zu Ehrenbeamten

Protokoll:

Landrätin Katharina Reinhold wies auf die besondere Bedeutung der Kreisausschussmitglieder als Ehrenbeamte hin.

Sie vereidigte das stellvertretende Kreisausschussmitglied Thomas Jung durch Vorlesen folgender Verpflichtungsformel, die von ihm nachgesprochen wurde:

„Ich schwöre, dass ich das mir übertragene Amt nach bestem Wissen und Können verwalten, Verfassung und Gesetze befolgen und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. (So wahr mir Gott helfe.)“.

15. Anfragen

15.1. Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion vom 20.04.2026 zum Thema "NRW-Plan"

Vorlage: 20/0812/XVIII/2026

Protokoll:

Landrätin Katharina Reinhold verwies auf die Vorlage der Verwaltung.

Kreistagsmitglied Christina Borggräfe erfragte, wann die Politik über die verschiedenen Projekte informiert werde.

Kreiskämmerer Bijan Djir-Sarai erklärte, dass bis zum 31.12.2029 ein Drittel der Mittel an Projekte gebunden sein müsse. Diese Vorgabe bilde die erste Planungsphase. Die Verwaltung habe eine Arbeitsgruppe gegründet, um förderfähige Maßnahmen zu bestimmen und Prioritäten zu setzen. Man befinde sich im Prozess und werde die Politik einbeziehen, sobald die Vorhaben halbwegs konkret seien. Die förderungswürdigen Maßnahmen würden in der Arbeitskreissitzung noch einmal vorgestellt.

**15.2. Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion vom 20.04.2026 zum Thema
"Dunkelfeldstudie - Sicherheit und Kriminalität in Deutschland 2024"
Vorlage: 31/0813/XVIII/2026**

Protokoll:

Landrätin Katharina Reinhold verwies auf die Vorlage der Verwaltung.

**15.3. Tischvorlage: Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion vom 28.04.2026
zum Thema "Interkommunale Zusammenarbeit"
Vorlage: 010/0860/XVIII/2026**

Protokoll:

Landrätin Katharina Reinhold stellte die drei Punkte der Interkommunalen Zusammenarbeit dar:

1. Zusammenspiel zwischen Kreis und Kommunen/ Landrätin und Bürgermeister
2. Interne Aufgabenkritik. Hier habe sie alle Dezernenten beauftragt, bis August Vorschläge vorzulegen
3. Optimierungsvorschläge seitens der Politik

Am 22.04.2026 habe eine Konferenz mit den Hauptverwaltungsbeamten stattgefunden, in der ein Verfahrensvorschlag diskutiert worden sei. Der Vorschlag habe grundsätzlich positive Resonanz erhalten. Da er bislang noch nicht beschlossen und das Gremium rein intern sei, bat Frau Reinhold um Verständnis, dass in der Kreisausschusssitzung noch kein endgültiger Bericht erfolgen könne. Eine Sondersitzung zum Thema Interkommunale Zusammenarbeit sei bereits mit den Hauptverwaltungsbeamten terminiert.

Auf Nachfrage stellte Landrätin Katharina Reinhold klar, dass sich bei der Finanzierung auf Eigenmittel konzentriert werde; gesonderte Mittel seien im Haushaltsplan nicht vorgesehen.

**16. Bericht der Verwaltung/ Beschlusskontrolle
Vorlage: 010/0783/XVIII/2026**

Protokoll:

Landrätin Katharina Reinhold verwies auf die Übersicht.

17. Einwohnerfragestunde

Protokoll:

Einwohnerfragen wurden nicht gestellt.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss Katharina Reinhold um 16:04 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.


Katharina Reinhold
Landrätin

 
Annika Böhm **Sophia Rothausen**
Schriftführung Schriftführung